

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 8

Artikel: Mehr Feinde und mehr Kontrolle : der 24. KPdSU-Kongress und seine innenpolitische Bedeutung
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095406>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ZEITBILD

AZ 3000 Bern 6

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut



Sto: 12. Jahrgang Nr. 8
Erscheint alle zwei Wochen
Bern, 21. April 1971

Der 24. KPdSU-Kongress und seine innenpolitische Bedeutung

Mehr Feinde und mehr Kontrolle

Von Laszlo Revesz

Parteikongresse ermöglichen in der Sowjetunion zwar keine Willensbildung durch die Delegierten, wohl aber Aufschlüsse über den Stand und die Richtung der Dinge. Sie machen wenigstens besser als sonst sichtbar, wie die Führung die jeweilige Problematik sieht und wie sie ihr beizukommen denkt. Das trifft auch auf den zweiten Parteitag unter der Führung Breschnevs zu.

Der 24. Kongress der KPdSU (vom 30. März bis 9. April 1971) bildet zusammen mit den ihm vorausgehenden Parteikongressen in 14 Sowjetrepubliken ein Ganzes. (Die RSFSR hat weder eine eigene Partei noch demzufolge einen eigenen Kongress, da die KPdSU als Unionspartei gleichzeitig auch direkt für die Russische Föderation zuständig ist.)

Auf diesen 15 Kongressen konnte man die wichtigsten Probleme des sowjetischen Alltagslebens, die Sorgen der Partei, die zentralen Fragen der Innen- und Aussenpolitik sowie der Wirtschaftspolitik recht klar erblicken und gleichzeitig die getroffenen Massnahmen zur Bekämpfung der aufgedeckten Mängel und Stärkung der Partei wahrnehmen. Die endgültigen Beschlüsse sind zwar auf dem Unionskongress angenommen worden, Ursachen und Motive dieser Beschlüsse findet man aber meist in den Republikkongressen. Es war vielleicht nur die aussenpolitische Debatte, welche dem Unionskongress vorbehalten wurde.

Die ersten Republikkongresse wurden am 17. und 18. Februar eröffnet, und von da an lebte die sowjetische Öffentlichkeit bis zum 9. April im Zeichen der Kongresse.

I. Innenpolitische Wünsche und Tadel

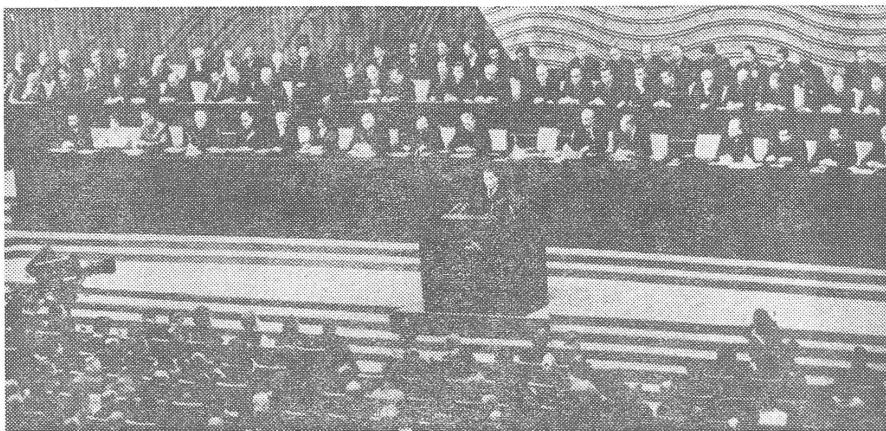
Die zwei Hauptprobleme waren an allen Kongressen die allgemeine politische Entwicklung, dargestellt im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees, und der Entwurf der Direktiven zum neuen Fünfjahresplan 1971—1975.

Als wichtigste Probleme des sowjetischen Alltags erkennt man folgende:

1. Der Nationalismus

Hier fand man einen neuen Ton zur Ablehnung dieses «Ueberrestes» der Vergangenheit. Früher wurde sowohl der Nationalismus der Nicht-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Ein KPdSU-Kongress ist Heerschau und Verkündigung des eingeschlagenen Kurses.

IN DIESER NUMMER

Sowjetische Militarisierung in der Kongress-Heerschau

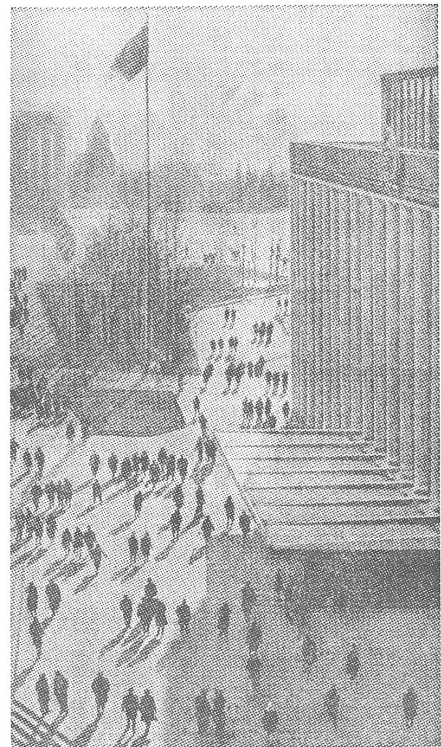
9
Militärkunde ist ein obligatorisches Abschlussfach an den sowjetischen Mittelschulen. Die Armee ist laut Gretschko ein Faktor der Innen- und Aussenpolitik der Partei.

Vom Waffenbruder zum Amtsvormund

8
Michael Stemmer schildert in einer neuen Serie, wie unerwartet früh der Verlust der tschechoslowakischen Souveränität an die Sowjetunion begann. Die tschechoslowakische Legion in der UdSSR wurde schon im Zweiten Weltkrieg der politischen Führung Moskaus unterstellt. War Kommandant Ludwig Svoboda Mitwisser bei der Entführung tschechoslowakischer Soldaten durch den sowjetischen Sicherheitsdienst?

Wassilij Grossman

10
Ein Schriftsteller wird nach seinem Tode veröffentlicht. Von Valerij Tarsis.



Moskau, 6. April 1971: Vor dem Kongressgebäude herrschte der Frühling. Drinnen war man gegen das Tauwetter abgeschlossen.

Bibliothek der
Fidg. Techn.
Hochschule
Leonhardstr. 33
8006 Zürich

800

Die politische Meinung

Herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, redigiert von Dr. Karl Willy Beer, wendet sich die nun jeden zweiten Monat erscheinende Zeitschrift an einen grossen Kreis in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur führender Persönlichkeiten.

Aus Heft 135 (März/April):

Otto B. Roegele
Kurt Birrenbach
Basilius Streithofen
Helmut Schoeck
Joachim Bodamer
Wilhelm Hennis
Heinz Barth

Die Widersprüche unserer Ostpolitik
Zehn Punkte der Kritik
Keine Konvergenz der Systeme
Die Manipulation der Grundwerte
Der Staat ist vom Zerfall bedroht
Falscher Rahmen um falsche Gesetze
Klingt die Jugendrevolte ab?

Umfang 96 Seiten, Preis 3,50 DM
6 Hefte im Jahresabonnement 18,— DM

Eichholz-Verlag GmbH Bonn

D - 5300 Bonn, Postfach 458

sen als auch jener der Russen angeprangert; jetzt sprach man nur noch über den ersten Aspekt, da die imperialistische Wühlarbeit angeblich durch die Förderung des nichtrussischen Nationalismus die Sowjetnationen voneinander trennen will. Letten, Litauer, Moldauer, die zentralasiatischen Kommunisten usw. protestierten pflichtgemäss gegen Behauptungen, dass sie von den Russen unterdrückt seien, dass eine Russifizierung in der ganzen Sowjetunion im Gange sei. Der Erste Sekretär des turkmenischen ZK, Gapurow, sprach über die «Internationalisierung» seiner Republik, die aber einem Sowjetkolonialismus in Asien keinesfalls gleichkomme (Prawda, 4. 4. 1971). Der kirgisische Parteichef Usabaliew protestierte gegen die Gerüchte einer gewaltsamen Assimilierung (Prawda, 4. 4. 1971).

Es seien aber trotzdem noch viele schädliche Ueberreste der Vergangenheit — darunter eben der bürgerliche Nationalismus — aufzufinden (Sowetskaja Litwa, 4. 3. 1971, ZK-Referat, Ka-

pitel VI), welche man durch die Erarbeitung eines Perspektivplanes zur Ausdehnung der «internationalen Erziehung» bekämpfen will (Sowetskaja Estonija, 18. 2. 1971, ZK-Referat).

Ausserdem werden die direkten Kontakte zwischen russischen Betrieben, Schulen einerseits und den nichtrussischen andererseits, die «Dekaden der russischen Kultur» in den Republiken und diejenigen der verschiedenen Sowjetvölker in russischen Gebieten gefördert. Alle Republikparteien verpflichteten sich, die geringsten Erscheinungen der bürgerlich-nationalistischen Anschauungen aufzudecken und deren Träger zu bestrafen.

Die Huldigung vor dem «grossen russischen Volk» brachte auf dem Unionskongress der usbekische Parteichef Raschidow mit folgenden Worten zum Ausdruck:

«Das russische Volk ist der älteste Bruder und der treue Freund aller Sowjetvölker... Die Völker unseres Landes vereinigen sich für immer in einem heiligen Bündnis mit dem russischen Volk.

Es gibt keine Kräfte, welche dieses Bündnis erschüttern können... Ein überzeugendes Zeugnis für die Treue der Sowjetvölker zu diesem Bündnis, für die Liebe und Achtung zu ihrem älteren Bruder ist der riesengrosse Drang der Angehörigen aller Nationalitäten zum Studium der russischen Sprache... sie wurde zur Muttersprache aller Völker der UdSSR... Die russische Sprache ist das Banner der Freundschaft und Bruderschaft der Völker» (Prawda, 2. 4. 71).

2. Literatur, Kunst und Sozialwissenschaften

Diese müssten die Gegenwart und nicht die Vergangenheit schildern; bei letzterer werde die historische Wahrheit oft verdreht, und Einzelfragen würden ohne Klassengesichtspunkt behandelt (Bakinskij Rabotschij, ZK-Referat, 11. 3. 71). Der moldauische Parteichef beschuldigte die Schriftsteller, Künstler und Historiker seiner Republik der einseitigen Lobpreisung der Vergangenheit, tendenziös-falscher Darstellung der Gegenwart, der Propagierung von nicht klassengebundenen Anschauungen in bezug auf die Vergangenheit (Prawda, 4. 4. 1971), der Verschönerung der Vergangenheit und der längst veralteten Sitten und Traditionen des Volkslebens, anstatt die modernen sowjetischen Sitten, Traditionen und «Zeremonien» zu propagieren (Sowetskaja Moldawija, 25. 2. 1971, ZK-Referat, Kap. IV).

Der Rechenschaftsbericht des ZK der KP Litauens (Sowetskaja Litwa, 4. 3. 1971) verurteilte die Idealisierung der führenden Persönlichkeiten der litauischen bürgerlich-nationalen Bewegung, die falsche, nicht klassengebundene Schilderung und Bewertung der litauischen Patrioten, wodurch die Jugend irreführt werden könne; der kirgisische Parteichef kritisierte ebenfalls, dass die Schilderung der Vergangenheit auf Kosten der Gegenwart geschehe, obwohl die inhaltsreichste Geschichtsperiode des kirgisischen Volkes die sowjetische sei (Sowetskaja Kirgisija, 4. 3. 1971, Kap. IV).

Andere leitende Kommunisten beschuldigten Literatur und Kunst oppositioneller Einstellung. Der Chefredaktor von «Literaturnaja Gaset», Tschakowskij, warf einigen Sowjetschriftstellern vor, sie möchten der Sowjetliteratur einen Typ aufdrängen, der nicht nur unabhängig von der Gesellschaft sei, sondern sich direkt gegen die Gesellschaft wende, in welcher der Literat lebt (Prawda, 6. 4. 1971). Er meinte, die oppositionelle Einstellung der fortschrittlichen Literatur im Westen sei begreiflich, im Sozialismus aber nicht.

Im ZK-Referat auf dem armenischen Parteikongress (Kommunist, 25. 2. 1971) hob man hervor, bei vielen Literaten und Künstlern fehle das Verantwortungsgefühl vor Partei und Volk, was statt tiefgreifender Analyse der Gegenwart zu oberflächlichen Verallgemeinerungen führe. Auch das georgische ZK bemängelte in Literatur, Kunst, in der Arbeit der Theater und Filmstudios, dass nicht positive Helden, sondern negative Persönlichkeiten ins Zentrum gestellt und sozialismusfeindliche Anschauungen kolportiert worden seien (Sarja Wostoka, 28. 2.) Das litauische ZK beschuldigte die Verlage, Werke veröffentlicht zu haben, in welchen die Ereignisse nicht klassengebunden geschildert wurden (hauptsächlich bei Memoiren).



Breschnew: Vom ersten Mann der Kollektivführung immer mehr zum Chef.

Der ukrainische ZK-Bericht entdeckte ideologische Abweichungen hauptsächlich bei politisch unerfahrenen jungen Literaten, manchmal aber auch bei älteren, bekannten Persönlichkeiten. Er prangerte die nihilistische Einstellung gegenüber den grossen Errungenschaften des Sowjetvolkes an und verlangte, dass ins Zentrum der ganzen schöpferischen Arbeit der Heroismus des kommunistischen Aufbaus gestellt werde (Prawda Ukrainy, 16. 3. 71). Wie der kasachische ZK-Bericht hervorhob, können durch ideologisch unrichtige Werke fremde Anschauungen ins Bewusstsein der Sowjetmenschen gelangen (Kasachstanskaja Prawda, 25. 2. 1971). Nicht nur der ukrainische, sondern auch der lettische ZK-Bericht (Kap. IV) beschuldigte in erster Linie die schöpferische Jugend der Verdrehung der Klassenpositionen und Entstellung der Klassenlinie (Sowetskaja Latwija, 26. 2. 1971).

Die Stellungnahme der KPdSU zur Literatur und Kunst drückten der estnische ZK-Bericht (Sowetskaja Estonija, 18. 2. 1971) und der Erste Sekretär der Moskauer Parteioorganisation, Grischin (Prawda, 4. 1. 1971, Seite 3), am deutlichsten aus: In ideologischen Fragen dürfe man keine Konzessionen machen, und die parteiliche Literatur und Kunst «muss ein Schwert sein, das der bürgerlichen Ideologie und den Klassenfeinden vernichtende Schläge versetzt».

3. Militärisch-patriotische Erziehung

Diese wird ein «untrennbarer Bestandteil der ideologischen Arbeit» genannt (ZK-Bericht, KP Aserbajdschans, Bakinskij Rabotschij, 11. 3. 71). Die Partei leitet die militärische Ausbildung in den Schulen (von den Grundschulen bis hinauf zu den Universitäten), Betrieben, Aemtern und propagiert die Zivilverteidigung. Der Komsomol «betreut» Militäreinheiten, wodurch eine Zusammenarbeit von Komsomolorganisationen und Kasernen entsteht (Prawda Wostoka, 3. 3. 1971,

Bericht des usbekischen ZK). Der Erste Komsomolsekretär Tjaschelnikow verlangte in seiner Rede auf dem Unionskongress (Prawda, 4. 4. 71) die Ausdehnung der Kontakte zwischen Komsomol und Armee durch die Erweiterung der «Betreuungsaktion», und in diesem Sinne sprachen die meisten Parteichefs an den Republikskongressen.

4. Kaderpolitik

Auffallend ist die Tatsache, dass man überall und ständig die «Intelktualisierung» der Kader verlangte. Während Art. 2/k des geltenden Parteistatuts eine Auslese der Kader «nach ihrer politischen und fachlichen Eignung» verlangt, forderten 1971 alle ZK — mit der Ausnahme des ukrainischen (vergleiche Prawda Ukrainy, 16. 3. 1971) — eine nach «fachlichen und politischen» Qualitäten geleitete Kaderpolitik.

Als eines der wichtigsten Resultate der organisatorischen Parteiarbeit wurde die Erhöhung des Bildungsniveaus der leitenden Kader hervorgehoben, wobei jedoch das Bildungsniveau der mittleren Schichten höher zu stehen scheint als jenes der obersten Funktionäre. Ein Beispiel: 1971 haben 85 % der auf der «Nomenklaturliste» des kirgisischen ZK stehenden Funktionäre Hochschulbildung, während derselbe Prozentsatz bei den «Nomenklaturfunktionären» der Gebiets-, Stadt- und Bezirkskomitees 90 % ist (Sowetskaja Kirgisija, 4. 3. 1971, ZK-Bericht).

Oft sind es die Betriebsleiter, die die entsprechende Bildung nicht haben, während z. B. in Litauen 7827 Spezialisten als Arbeiter und Bauern beschäftigt werden (Sowetskaja Litwa, 4. 3. 1971, ZK-Bericht). In Weissrussland hat jeder dritte Direktor und jeder vierte Oberingenieur sowie die Hälfte der Kolchospräsidenten die verlangte Bildung nicht (Sowetskaja Belorussija, 23. 2. 1971, ZK-Bericht). Trotzdem bleiben sie in ihren Aemtern, und die Partei schliesst vor ihrem Versagen die Augen (Prawda Wostoka, 25. 2. 1971, usbekischer ZK-Bericht). Solche Funktionäre wollen nach alter Vorstellung über die Parteiarbeit Befehle erteilen (Kasachstanskaja Prawda, 25. 2. 1971, ZK-Bericht) und dulden keine Kritik. Viele missbrauchen die Dienststellen, bauen Datschas in den Kollektivgärten

der Betriebswerkttätigen (Sowetskaja Litwa, 4. 3. 1971). Sie halten zusammen, huldigen dem Lokalpatriotismus und schliessen die Augen vor Diebstählen und anderen Delikten ihrer Kollegen (Sarja Wostoka, 28. 2. 1971, georgischer ZK-Bericht).

Man beobachtet in der Kaderpolitik eine starke Zentralisierungstendenz: Das ZK der KP in der Moldau hat z. B. alle Kolchospräsidenten, Sowchodirektoren und den Grossteil der Leiter der Industriebetriebe auf die eigene «Nomenklaturliste» übertragen. Diese werden in Zukunft also nur noch vom ZK zur Ernennung (bzw. zur Wahl in den Kolchosen) vorgeschlagen und nicht von den Bezirks- und Stadtkomitees wie bis anhin (Sowetskaja Moldawija, 25. 2. 1971, ZK-Bericht, Kap. V).

5. Die ideologische Arbeit

Sie wird unter Berufung auf die zersetzende Tätigkeit der imperialistischen Propaganda sehr stark gefördert. In Aserbajdschan (mit 5,1 Millionen Einwohnern) gibt es 100 000 Agitatoren, politische Informatoren, Lektoren und Referenten, welche zur Propagierung der Parteipolitik und zur Bekämpfung der bürgerlichen ideologischen Einflüsse eingesetzt werden (Bakinskij Rabotschij, 11. 3. 1971, ZK-Bericht). In Turkmenien beläuft sich die Zahl dieser Agitatoren und Informatoren auf 42 000 (Bevölkerungszahl 2 158 000; Turkmenskaja Iskra, 20. 2. 1971, ZK-Bericht, Kap. IV), in Georgien auf 80 000 (Bevölkerungszahl 4,7 Millionen; Sarja Wostoka, 28. 2. 1971, ZK-Bericht), in Usbekistan auf 275 000 (Bevölkerung 11 963 000; Prawda Wostoka, 3. 3. 1971, Kap. IV); in der Stadt Moskau auf 400 000 (Prawda, 1. 4. 1971, S. 3: Grischins Referat).

*

Merkwürdigerweise gibt man jetzt der atheistischen Propaganda nicht so grosse Bedeutung wie früher; es waren nur die ZK-Berichte von Lettland, Aserbajdschan, Estland und Usbekistan, welche die Förderung der weltlichen Zeremonien (anstelle der kirchlichen) und die Ausdehnung der atheistischen Kampagne verlangten.



Bevölkerungsinteresse am Kongress laut offizieller Fotodokumentation.

Die «Parteiministerien» in zwölf Sowjetrepubliken

KP-Abteilungen für	Armenien	Aserbajdschan	Estland	Georgien	Kirgisien	Lettland	Litauen	Moldau	Tadschikistan	Turkmenien	Usbekistan	Weissrussland
Organisatorische Parteiarbeit	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Propaganda und Agitation	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Industrie und Transport	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Wissenschaft und Schule	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Landwirtschaft	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Bau- und Kommunalwesen	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Leicht- und Nahrungsmittelindustrie	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Verwaltungen	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Grosshandel, Planungs- und Finanzorgane	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Kultur	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Information und Auslandskontakte	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Allgemeine Abteilung	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Chemie und Ölverarbeitung	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Detailhandel und Gewerbe	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Wasserwirtschaft und Bauwesen auf dem Lande	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Schwerindustrie und Maschinenbau	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Transport- und Fernmeldewesen	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
ZK-Verwaltung	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1

Bemerkungen: Die RSFSR hat keine eigene Partei, da hier die KPdSU direkt zuständig ist. Für die Ukraine und Kasachstan fehlen die Angaben. Die ZK-Verwaltung entspricht dem Ministerrat auf Staatsebene. Weissrussland hat noch eine Abteilung für Schwerindustrie und Transport.

Folgende Tabelle zeigt diese Entwicklung:

	Zentralkomitee		Politbüro		Sekretariat
	Vollmitglieder	Kandidaten	Vollmitglieder	Kandidaten	
Armenien	123	43	9	5	5
Aserbajdschan	120	60	10	3	5
Estland	117	60	11	2	5
Georgien	125	65	11	3	5
Kasachstan	150	64	11	2	6
Kirgisien	115	50	9	3	5
Lettland	110	60	11	2	5
Litauen	145	64	11	2	5
Moldau	111	48	9	3	5
Tadschikistan	135	60	9	4	5
Turkmenien	136	48	9	3	5
Ukraine	145	85	10	5	6
Usbekistan	168	78	11	4	5
Weissrussland	135	65	11	2	5

Die einzige Ausnahme bildet das Sekretariat des ZK der KP der Ukraine, das nicht als Gesamtkörper in die Vollmitgliedschaft des Politbüros eingeschlossen wurde. Von den 6 Mitgliedern wurden 3 als Vollmitglieder und 3 als Kandidaten des Politbüros gewählt. In 6 Republiksparteien gewinnt der Apparat im obersten Kollektivgremium also auch zahlenmässig Oberhand, in einer besteht die Hälfte der Politbüro-Vollmitglieder aus dem Sekretariat. Merkwürdigerweise wird in den Berichten über die Wahlen der neuen Dachorgane in 11 von den 14 Republiksparteien zuerst das Sekretariat und erst nachher das Politbüro erwähnt (die Ausnahmen: Kirgisien, Ukraine, Weissrussland), was ebenfalls ein klares Zeichen der zunehmenden Bedeutung des Apparates gegenüber dem Kollektivorgan ist. Mit andern Worten: von den 1843 Vollmitgliedern der Zentralkomitees der Republikorganisationen nehmen nur 142, d. h. 12,2 Prozent, an der obersten Willensbildung teil; und auch von diesen vertreten rund 69 den Apparat.

Auch die grosse Zahl der vollamtlichen Parteifunktionäre unter den Delegierten der verschiedenen Parteikongresse beweist das gewaltige Vordringen des Apparates. Offenbar empfindet man hier eine gewisse Peinlichkeit, denn in mehreren Berichten hat man diese Tendenz einfach verschwiegen und die Zahl der Parteifunktionäre unter den Delegierten nicht erwähnt.

Am georgischen Parteikongress gab es 1072 Delegierte; davon waren 183 vollamtliche Parteifunktionäre, 210 Sowjet-, 8 Gewerkschafts- und 15 Komsomolfunktionäre, während die herrschende Klasse, die Arbeiterschaft, durch 215 Personen vertreten war. Am kasachischen Parteikongress entfielen auf 1522 Delegierte 360 vollamtliche Parteifunktionäre, 224 Sowjet-, 47 Gewerkschafts- und Komsomolfunktionäre (gegenüber 633 Arbeiter- und Bauerndelegierten). Am usbekischen Parteikongress war der Parteiapparat durch 388 vollamtliche Funktionäre vertreten (Gesamtzahl der Delegierten: 1642); ausserdem gab es 213 Sowjet-, 15 Gewerkschafts- und 16 Komsomolfunktionäre. Die Zahl der nicht vollamtlichen Parteileute, der Mitglieder der leitenden Komitees (ZK, Gebiets-, Stadt- und Bezirkskomitees) belief sich auf über 1000. Auf dem weissrussischen Kongress entfielen 224 vollamtliche Parteifunktionäre (neben 139 Sowjet-,

II. Stärkung des Parteiapparates

Zur Bekämpfung der oben angeführten Schwierigkeiten und zur Erweiterung der Parteiführung in Staat und Wirtschaft wurde der Parteiapparat ausgebaut und gestärkt. Dies kam in erster Linie in der Erhöhung der Zahl der «Parteiministerien», d. h. der Abteilungen in den einzelnen Zentralkomitees zum Ausdruck. Unsere Tabelle veranschaulicht diese Strukturierung.

Ausserdem hat jede Republikspartei eine entsprechende Parteikommission als oberstes Republiksparteigericht.

Eine wichtige Aenderung im Vergleich mit der Chruschtschew-Aera und unmittelbar nachher besteht darin, dass die Abteilungen — oder Kommissionen — für Ideologie verschwanden beziehungsweise jetzt sowohl in Abteilungen für Kultur als auch in Abteilungen für Wissenschaft und Schulwesen umgewandelt und dadurch praktisch verdoppelt wurden. Eine wichtige Neuerung besteht darin, dass man jetzt in vier Republikorganisationen (Armenien, Aserbajdschan, Moldau und Usbekistan) «Parteiministerien» für Information und Auslandskontakte (d. h. für Aussenpolitik) errichtet hat. (Wahrscheinlich gibt es solche auch in Kasachstan, angesichts der Gefahr maoistischen Gedanken-gutes.)

«Absolut zentralisiert» bleiben innerhalb der Partei die Kontakte zu den kommunistischen und Arbeiterparteien in den sozialistischen Staaten und ausserhalb des Ostblocks (zwei verschiedene Abteilungen des zentralen ZK), ferner die Wehrfragen (ein zentrales Partei-Wehrministerium, das zugleich die Politische Hauptverwaltung des Verteidigungsministeriums ist). Die Stärkung der Information nach dem Ausland und der Kontakte mit fremden Staaten erlaubt den Schluss, die KPdSU wolle ihre aussenpolitische Aktivität in einigen Richtungen besonders ausdehnen.

Auch die Rechenschaftsberichte der Revisionskommissionen beweisen die erhebliche Ausdehnung des Parteiapparates. Die georgische Partei liess zwischen 1966 und 1970 24 Parteigebäude für Administration erstellen (Sarja Wostoka, 1. 3. 1971, S. 2), die ukrainische sogar 683 (141 davon als gemeinsame Verwaltungsgebäude von Partei- und Sowjetapparat; Prawda Ukrainy, 18. 3. 1971, S. 6), die usbekische 43 (Prawda Wostoka, 4. 3. 1971), die kirgisische 13 (Sowetskaja Kirgisija, 5. 3. 1971) usw. Diese Zahlen sind wesentlich grösser als zwischen 1961 und 1966.

Eine weitere, wichtige Neuerung besteht in 13 Republiksparteien (von den 14) darin, dass das gesamte Sekretariat des Zentralkomitees — also der leitende Apparat — ins oberste Kollektivgremium, ins ZK-Büro oder Politbüro einverleibt wurde, wodurch in einigen Republikorganisationen der Apparat im Kollektivorgan auch zahlenmässig Oberhand gewann.

17 Gewerkschafts- und Komsomolfunktionären) auf 794 Delegierte. Auf den ukrainischen Kongress wurden 2306 Delegierte gewählt. Davon 558 vollamtliche Parteifunktionäre, 211 Sowjet-, 57 Gewerkschafts- und Komsomolfunktionäre; ausserdem wurden noch 720 nebenamtliche Parteisekretäre als Delegierte gewählt.

Zum Unionskongress wurden 4963 Delegierte entsandt. Davon waren 1205 vollamtliche Parteifunktionäre, weitere 493 nebenamtliche Parteifunktionäre, 556 Sowjet-, 126 Gewerkschafts- und Komsomolfunktionäre.

Während die Republikkongress einen starken Apparatschiki-Charakter aufwies, zeigte sich im Unionskongress eher ein Vorrang der Intellektuellen und Spezialisten (1586 Ingenieure, 555 Agronomen usw.).

Das Verhältnis zwischen Politbüro und Sekretariat auf der obersten Ebene, im Zentrum der Partei, zeigte merkwürdigerweise ein anderes Bild als in den Republikparteien, was ein Zeichen dafür ist, dass man den Apparat hauptsächlich in den Peripherien, in den nationalen Randgebieten, festigen wollte. Ins neue Politbüro wurden 15 Vollmitglieder und 6 Kandidaten gewählt, ins Sekretariat hingegen 10 Personen, von welchen jedoch nur 4 Vollmitglieder und 2 Kandidaten des obersten Kollektivorgans wurden (Prawda, 10. 4. 1971). Dadurch wurde der «Partei-Konstitutionalismus» ob sogar besser bewahrt als früher: der 23. Kongress wählte 10 Vollmitglieder und 9 Kandidaten ins Politbüro und 10 Sekretariatsmitglieder; von den letzteren gingen 6 ins Politbüro mit Stimmrecht ein, 4 blieben ausserhalb dieses Kollektivorgans (BSE-Esegodnik, 1967, S. 37). Der letzte Parteikongress unter Chruschtschew, der 22. im Oktober 1961, wählte 12 Vollmitglieder und 5 Kandidaten ins Präsidium (heute Politbüro) und 8 Personen ins Sekretariat, von welchen 6 Vollmitglieder des Politbüros wurden und 2 ausserhalb von ihm blieben (BSE-Jahrbuch 1962, S. 23). Der 20. Parteikongress 1956 wählte 11 Vollmitglieder und 6 Kandidaten ins Präsidium (Politbüro) und 8 Personen ins Sekretariat; von letzteren waren

aber nur Chruschtschew und Suslow Vollmitglieder des obersten Kollektivgremiums, 3 (darunter Breschnew) wurden als Präsidiumskandidaten gewählt, während 3 im Präsidium keinen Platz erhielten (Prawda, 28. 2. 1956).

Die Zahl der Politbüromitglieder ist heute etwas gestiegen, was vielleicht ein indirektes Zeichen dafür ist, dass die Bedeutung des Politbüros etwas zurückging.

Folgende Tabelle zeigt die Fluktuation der Politbüromitgliedschaft:

	Politbüro		Sekretariat		Zentralkomitee	
	Mitglieder	Kandidaten	Mitglieder	Kandidaten	Mitglieder	Kandidaten
1919	5	3	1		19	8
1920	5	3	3		25	15
1923	7	3	3		40	17
1925	9	5	5	2	63	43
1927	9	8	5	3	71	50
1931	10	5	5	2	71	67
1934	10	5	4		71	68
1939	9	2	4		71	68
1952	25	11	10		125	111
1956	11	6	8		135	122
1961	11	5	9		175	155
1966	10	9	10		195	165
1971	15	6	10		240	155

Diese Tabelle zeigt, dass die Bedeutung des Zentralkomitees parallel mit der Zunahme seiner Mitgliedschaft zurückging; die Plenarsitzungen wurden immer seltener und formeller und dienten lediglich zur Kenntnisnahme der im Politbüro oder im Sekretariat gefällten Beschlüsse. Das Verhältnis zwischen der obersten Exekutive und Legislative (gemeint ist hier das Politbüro als oberstes Willensbildungsorgan nach dem Statut) hat sich von 5:1 im Jahre 1919 zu 15:10 zugunsten des Sekretariats geändert.

Die Zusammensetzung der obersten Leitungsgremien zeigt eine weitgehende Stabilität der Führungsspitze: alle 14 Ersten Sekretäre der Republik-Zentralkomitees wurden wiedergewählt; Generalsekretär wurde erneut Breschnew; von den früheren 10 Sekretariatsmitgliedern fiel jetzt nur Scheljepin aus (er verblieb als Politmitglied) und wurde durch Katschew ersetzt; Grischin, der frühere Politbüro-Kandidat, sowie ebenfalls der frühere Kandidat Schtscherbinskij (ukrainischer Ministerpräsident) wurden jetzt Vollmitglieder; einige neue Funktionäre stiegen auf. Der Verlierer ist eigentlich Scheljepin, der seinen wichtigen Sitz im Sekretariat verlor. Vom 1956er Führungsgremium verblieben nur noch Suslow (damals Präsidiumsmitglied) und Breschnew (damals Präsidiumskandidat); vom 1961er Führungsgremium fielen nur aus: Chruschtschew, Mikojan und Iljitschew; gestorben sind Koslow und Kusin. Vom 19köpfigen Führungsgremium von 1961 — letzter Kongress von Chruschtschew (11 Vollmitglieder und 5 Kandidaten des Präsidiums, 9 Sekretäre, von welchen aber 6 gleichzeitig zum Präsidium gehörten) — verblieben also 14. Wahrscheinlich ist es diejenige Gruppe, welche 1964 die Palastrevolution in der Partei gegen Chruschtschew organisierte, obwohl alle Günstlinge und Schüler des abgesagten Diktators waren.

Der Kongress verabschiedete — auf Breschnews Antrag — drei wichtige innerparteiliche Beschlüsse: 1. über die Abänderung der Periodizität der Parteikongresse, 2. über eine massenhafte Säuberung der Partei unter dem Vorwand des Austausches der Parteiausweise, 3. über die Ausdehnung der Kontrollrechte der Partei.

1.

Es wurde beschlossen, das 1961 angenommene und 1966 zum Teil geänderte Statut dahin zu ändern, dass Parteikongresse — sowohl auf Unionsebene als auch in den Republikparteien — alle fünf Jahre (bis dahin alle vier Jahre) abgehalten werden sollen. Diese Massnahme bedeutet, dass auch die Amtsperiode des ZK, des Politbüros und des Sekretariats entsprechend verlängert und die Abhängigkeit des Apparates von den Wählern noch mehr reduziert wird. Die Gebiets-, Stadt- und Bezirkskonferenzen sollen zweimal in fünf Jahren statt alle zwei Jahre abgehalten werden, wodurch die Amtsperiode der Funktionäre auch hier etwas verlängert wird.

Diese Neuerung liegt in der Linie der bisherigen Breschnew-Politik, welche auf den Ausbau und die totale Festigung der neuen Klasse oder des Adels der Sowjetgesellschaft, der Schicht der Funktionäre, ausgerichtet ist. Zu diesem Zweck hat man 1966 den früheren Art. 25 des 1961er Statuts ausser Kraft gesetzt, welche die Rotation der Funktionäre und Leitungsorgane vorsah, indem er die maximale Dauer der Amtsperioden für alle Funktionen festlegte.

Während der Posten des Ersten ZK-Sekretärs keine konstitutionelle — im Parteistatut vorgeordnete — Dienststelle war, wurde der Posten des Generalsekretärs 1966 unter Breschnew konstitutionell — im Statut — verankert (Art. 38).

1966 liess Breschnew auch das bis dahin bestehende RSFSR-Büro im Rahmen des ZK beseitigen, wodurch ein Kollektivorgan verschwand, welches über einen Teil des Apparates Leitung und Kontrolle praktizierte.

Breschnews Linie war also vom Anfang an die Stärkung des Apparates auf Kosten der kollektiven Organe, was jetzt mit einem grossen Schritt vorwärtsging.

2.

Der Austausch der Parteibüchlein ist eine indirekte Form der Säuberung. Diese Säuberung wird in der Parteigeschichte theoretisch mit dem Gedanken des «semper reformari» gerechtfertigt und wurde 1934 (17. Parteikongress, Parteistatut Art. 9) in den Rang einer systematischen Aktion erhoben: «Auf Grund von periodischen Beschlüssen des ZK der Allunions-KP(B) werden Säuberungen durchgeführt zur systematischen Reinigung der Partei von:

- klassenfremden und feindlichen Elementen;
- Doppelzünglern, die die Partei betrügen;
- Entarteten, die mit bürgerlichen Elementen ver wachsen sind;
- Karrieristen, die nur an ihre eigene Haut denken, und verbürokratisierten Elementen, moralisch Versetzten, die durch ihr unsauberes Verhalten die Würde der Partei beeinträchtigen und das Banner der Partei beschmutzen;
- passiven Elementen ...»



Impression vor der Kremelmauer.
Foto «Orszag Vilag», Budapest

Das Ende der NEP

Bei der Aufzählung der KPdSU-Kongresse in ZB Nr. 7, Seite 7, gehört die Bemerkung «Schluss mit der NEP» zum 15. Kongress von 1927 (und nicht zum 10. Kongress von 1921).

*

In der gleichen Nummer ist eine Stelle im Beitrag von Michael Stemmer durch eine falsche Zeile unverständlich geworden. Nach dem Zwischentitel «... und zeichnet sowjetische Invasionssoldaten aus» (S. 10, 3. Spalte) muss der Text richtig lauten: «Und am 21. August 1970 zeichnete Martin Dzur sowjetische Soldaten aus, die sich im August 1968 bei der brüderlichen Hilfeleistung an die Tschechoslowakei, besonders ausgezeichnet haben!»

Zwei grosse Säuberungen waren noch vor jenem Kongress durchgeführt worden. Die erste wurde von der 16. Parteikonferenz 1929 angeordnet. Am 1. 1. 1928 betrug die Mitgliederzahl der Partei 1,5 Millionen; davon wurden über 130 000 ausgeschlossen. Nachher wurde eine neue Werbung organisiert, bis Januar 1933 der Mitgliederbestand über 3,5 Millionen war. Im Januar 1933 beschloss das ZK wiederum eine Säuberung, «um eine eiserne proletarische Disziplin» zu garantieren, d. h. diejenigen auszuschliessen, die den Anforderungen der Kollektivierungskampagne 1929—1933 nicht gewachsen waren. Die Folge waren 114 000 Ausschlüsse. Die grössten Säuberungen erfolgten aber erst nach dem Parteikongress. Die Mitgliederzahl ging von 3 555 000 im Frühjahr 1933 auf 1 920 000 im Jahre 1938 zurück.

In den osteuropäischen volksdemokratischen Parteien wurden nach der Einverleibung der Sozialdemokraten in die KPs die ersten grossen Säuberungen organisiert, um die unzuverlässigen «Verbündeten» los zu werden. Ausserdem hat man in Polen zwischen 1957 und 1967 dreimal Säuberungen organisiert, um zuerst die Stalinisten und nachher die «Revisionisten» zu entfernen. In der CSSR wurde eine Überprüfung der Mitgliedschaft in der Form des Austausches der Parteibüchlein 1966 angeordnet; die grosse Säuberung beschloss jedoch das ZK-Plenum vom Dezember 1970.

Dass die neue sowjetische Säuberung genauso die Festigung des neuen Führungsgremiums zum Ziele hat wie seinerzeit diejenige von 1954, ist nicht zu bezweifeln. 1954 wollte man die Partei von den Berija-Anhängern und den altkonservativen Elementen säubern; jetzt will man einerseits die kriminellen, passiven Elemente, andererseits aber aller Wahrscheinlichkeit nach die rechte und linke «Opposition», d. h. die Anhänger der Ausdehnung der sozialistischen Demokratie und des revolutionären Kurses, entfernen. Es ist möglich, dass dieser Kurs in der KPdSU — besonders in Zentralasien — einige Befürworter hat, wie dies chinesischerseits oft behauptet wird (die «Gruppe der Marxisten-Leninisten»). Allerdings wird der wichtigste Unterschied zwischen den Säuberungen der 30er Jahre und der Breschnewschen darin bestehen, dass die Aus-

geschlossenen jetzt nur ihre Positionen, nicht aber auch ihre Freiheit und eventuell ihr Leben verlieren werden.

3.

Auch die vom Kongress angeordneten weiteren Statutenänderungen haben einzig und allein zum Ziele, die Macht der von ihrer heutigen Führung hundertprozentig in der Hand gehaltenen Partei noch mehr auszubauen. Art. 59 des Statutes wurde dahingehend geändert, dass die Grundorganisationen der Partei in wissenschaftlichen Instituten, Schulen usw. nicht mehr das Recht auf nur indirekte, sondern auf direkte Kontrolle innehaben (was mit dem Recht, bindende Weisungen zu erteilen, verbunden ist).

*

Was die Aussenpolitik betrifft, hat der Kongress eigentlich nichts Neues gebracht.

Die friedliche Koexistenz mit dem Westen und die gleichzeitige Unterstützung der «nationalen Befreiungsrevolutionen» gegen den koexistierenden Westen wurden bestätigt.

Während das China-Problem an den Republikkongressen kaum oder nur ganz nebenbei erwähnt wurde, befassten sich auf dem Unionskongress alle Hauptredner und viele Gäste damit. Der lettische Parteichef I. Voss verurteilte die spalterische und antileninsche Politik der chinesischen Führung (Prawda, 3. 4. 1971, S. 2 und 3). Der litauische Parteichef Snetschkus beschuldigte Maos Anhänger, in der Zeit der Laos-Offensive des Imperialismus die wütendsten antisowjetischen Kampagnen gestartet zu haben (Prawda, 3. 4. 1971). Der Erste Komsomolsekretär Tjaschenikow klagte die chinesische Führung der Auflösung des chinesischen Komsomols und des Abbruchs der Kontakte zwischen Sowjetjugend und chinesischer Jugend an (Prawda, 4. 4. 1971). Der Erste Sekretär des Küsten-Grenzgebiets im Fernen Osten warf den Chinesen Verrat an den wichtigsten Interessen des chinesi-

schen Volkes, provokatorische Aktionen usw. vor (Prawda, 6. 4. 1971). Auffallend grosse Aufmerksamkeit widmete Breschnew den sowjetisch-chinesischen Verhältnissen; dabei betonte er: «Wir werden die nationalen Interessen des Sowjetstaates nicht preisgeben» (Prawda, 31. 3. 71, Kap. I).

Bewertung

Dieser Parteikongress wird wahrscheinlich dadurch charakterisiert, dass er den *Ausbau eines zentralisierten bürokratischen Absolutismus neo-feudalen Charakters* beendete. Die ersten Schritte zur Zentralisation der Partei unternahm Breschnew nach seiner Machtübernahme im Herbst 1964, anschliessend erfolgte eine totale Rezentralisation des Staatsapparates (1965—1970). Der 23. Kongress (Frühjahr 1966) festigte die erschütterte Stellung des neuen Sowjetadels; jetzt wurde er vom Volk noch mehr isoliert. Das Regime wurde jetzt wieder tatsächlich zur Diktatur über das Proletariat. Das einzige Eingeständnis in Richtung einer «Demokratisierung» besteht darin, dass der Fünfjahresplan jetzt in seiner letzten Form doch vom Obersten Sowjet, aber auf Grund der vom Kongress verabschiedeten Direktiven, verabschiedet werden soll (Prawda, 11. 4. 1971). Allerdings bleiben die Betriebe bzw. die einzelnen Verwaltungseinheiten bis Ende 1971 ohne Plan, da der Ministerrat den endgültigen Planentwurf erst bis zum 1. September 1971 dem Parlament zu unterbreiten hat.

Breschnew erklärte in seinem Rechenschaftsbericht den Bruch sowohl mit dem Personenkult Stalins als mit dem Subjektivismus Chruschtschews und bezeichnete seinen eigenen Kurs als einen marxistisch-leninistischen (Prawda, 31. 3. 1971, Kap. IV). Der Kongress bestätigte den Breschnew-Kurs, eine neue Generallinie besonders in der Innenpolitik. Jeder absolute Herrscher in der Geschichte hat sich einen neuen Adel geschaffen, der ihm treu dient, ihm seine Existenz dankt. ■

Der Parteitag und die Sowjetstreitkräfte

Von Michael Csizmas

«Armee und Kriegsflotte bewachen zuverlässig die heiligen Grenzen des Landes und sind bereit, jeden Befehl von Partei und Heimat durchzuführen.» Mit diesen Worten begann der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Andrei Gretschko am 2. April seine Meldung über die erfolgreiche Entwicklung der sowjetischen Streitmacht. Er fuhr fort: «Wir Soldaten sind der KPdSU dankbar. Die Streitkräfte unterstützen die Innen- und Aussenpolitik der Partei, die Politik der Regierung.»

Aufrüstung weit über das defensive Bedürfnis hinaus

Es wird tatsächlich nirgendwo mehr daran gezweifelt, dass es der Sowjetunion in den letzten Jahren gelungen ist, den Abstand, den sie im Bereich der strategischen Kernwaffen zu den USA hatte, zu einem guten Teil zu überwinden. Der Erfolg wird vor allem auf die Entwicklung der interkontinentalen SS-9-Raketen mit Mehrfachsprengkörpern, ferner auf die Bestückung von Atom-U-Booten mit ballistischen Geschossen sowie auf den Fortschritt im Bereich der Antiraketen-Systeme zurückgeführt. Die grossen Anstrengungen belasteten und belasten die sowjetische Wirtschaft, die gerade jetzt mit anderen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Die Paraden auf dem Roten Platz und auf dem Flugfeld von Domodedowo, die Manöver «Dnepr», «Dwina» und «Ozean», die Okkupation der Tschechoslowakei — das sind Meilensteine in der Entwicklung der sowjetischen Armee und Kriegsflotte in den vergangenen fünf Jahren.

Neue, vervollkommnete Waffensysteme haben in alle Teile der Streitkräfte Einzug gehalten. Was auf Paraden an Neuheiten vorgestellt wurde, erprobte man beim Einsatz in Manövern bisher unbekanntem Ausmasses. Die Sowjetunion hat nicht nur die Qualität und Quantität ihrer strategischen Raketentruppen, ihrer Marine und ihrer Luftwaffe seit dem 23. Parteitag der KPdSU (1966) in beschleunigtem Tempo gesteigert, son-